Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 31 (1952)
Heft: 5-6

Artikel: Um ein sozialistisches Programm für die unentwickelten Länder
Autor: Brügel, J.W.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-336646

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ein Zeitalter, in dem es sich um die Frage des *Seins oder Nichtseins* für die Menschheit handelt, um eine unausweichliche Alternative.

Ein sichtbares Versagen der alten bürgerlichen Welt und ein Dürsten nach einer neuen, echten sozialistischen Welt. Ein Zeitalter, in dem das Problem des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab zu stellen und auf weltpolitischer Basis zu lösen ist.

Dies ist der Grundcharakter, die Signatur der Zeit.

J. W. BRÜGEL

Um ein sozialistisches Programm für die unentwickelten Länder

Die Sozialistische Internationale diskutiert das Problem einer sozialistischen Politik für die durch die Schuld des Kapitalismus unterentwickelt gebliebenen Länder der Welt. Der Natur der Sache nach kann es sich hier nicht um Beschlüsse für unmittelbar zu ergreifende Maßnahmen handeln, wofür die Internationale auch nicht zuständig wäre, sondern um die Erarbeitung einer ideologischen Plattform, die ein Leitstern sowohl für die Haltung der Sozialisten in den fortgeschritteneren Ländern als auch für jene sein soll, die die schwere Aufgabe auf sich genommen haben, eine demokratisch-sozialistische Arbeiterbewegung in den nicht voll entwickelten Ländern ins Leben zu rufen. Leider gibt es in den wenigsten der Staaten, denen organisierte Hilfe zuteil werden soll, eine fest verwurzelte und ideologisch fundierte sozialistische Bewegung; hier befindet sich die Sozialistische Internationale gegenüber dem Internationalen Bund freier Gewerkschaften im Hintertreffen, der in allen fünf Erdteilen über einen organisierten Mitgliederstock verfügt. Die Gewerkschaften in vielen dieser Länder erfüllen allerdings vielfach auch die Aufgaben politischer Parteien. Die Scheidelinie ist hier nicht immer ganz klar, doch ist es nicht unbegreiflich, daß sich die Blicke der Arbeiter jener Gebiete zunächst auf die Gewerkschaftsinternationale richten, von der sie unmittelbare Hilfe in ihren vielfältigen Schwierigkeiten erwarten können, was sich erst kürzlich wieder als praktische Realität erwiesen hat, als sich die Brüsseler Internationale mit aller Entschiedenheit hinter die ihr angeschlossene *tunesische* Gewerkschaftszentrale stellte.

Mag auch die mangelnde Universalität der Sozialistischen Internationale ein schweres Handicap sein, hat es sie doch nicht davon abgeschreckt, das Problem sehr ernst und in seinem ganzen Umfang anzugehen. Der nächsten Internationalen Konferenz, die am 19. Oktober dieses Jahres in *Mailand* zu-

sammentreten wird, soll als Frucht eingehender Beratungen der Entwurf einer Erklärung der Grundsätze einer sozialistischen Politik für die minder entwickelten Länder vorgelegt werden, die als organische Ergänzung der Frankfurter Deklaration über die Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus gedacht ist.

Ohne der Diskussion um diesen im Augenblick noch im Verhandlungsstadium befindlichen Entwurf vorzugreifen, der sowohl die Aufgaben der Sozialisten in den unmittelbar interessierten Ländern als auch jener, aus deren Ländern Hilfe erwartet wird, umreißen und in einem Bekenntnis zu dem von der Labour Party verfochtenen «Weltplan gegenseitiger Hilfe» ausklingen soll, sei aber heute schon die Aufmerksamkeit auf wenigstens zwei Fragen gelenkt, an denen sich erweist, wie schwer es ist, Gegensätze zwischen durchaus legitimen Interessen zu überbrücken.

Eine Reihe von Grundsätzen, wie die Ablehnung jedes Rassenvorurteils oder die Anerkennung des Vorrangs der unmittelbaren Interessen der unterentwickelten Länder vor Nützlichkeitserwägungen vom Standpunkt der Hilfe bringenden Länder, steht außer Frage. Theoretisch wird man sich auch leicht darauf einigen, daß Hilfeleistung nicht an politische Bedingungen irgendwelcher Natur gebunden werden darf. Schließt dies aber auch den Verzicht auf jede Möglichkeit ein, die zweckentsprechende Verwendung dieser Hilfe zu überwachen und der finanziellen Stützung korrupter Regime auf Kosten der amerikanischen und europäischen Steuerzahler vorzubeugen? Die norwegische Partei hat den Gedanken in die Debatte geworfen, daß nur jenen Gebieten Hilfe geleistet werden soll, deren Repräsentanten sich zu einer entsprechenden *Bodenreform* verpflichten. Daß das eine berechtigte und sozialfortschrittliche Forderung ist, ist nicht zu bezweifeln. Sozialisten sind dafür, Opfer zu bringen, damit dem sozialen Fortschritt in den bisher leider vernachlässigten Teilen der Welt der Weg geebnet wird; sie sind aber nicht der Ansicht, daß diese Opfer zur Aufrechterhaltung eines schreiend ungerechten Status quo verwendet werden sollen. Die Sozialisten aus den Hilfe erwartenden Ländern sind der gleichen Ansicht, fürchten aber eine ungünstige Reaktion, falls die Hilfeleistungen von der Erfüllung irgendwelcher Bedingungen abhängig gemacht wird, und seien es auch solche, mit denen sie in vollster Sympathie sind. Die japanischen Sozialisten sind zum Beispiel der Meinung, daß die Völker der unterentwickelten Länder ihre Regierungen dazu zwingen müßten, eine sozial-gerechte Neuverteilung von Grund und Boden vorzunehmen; Druck vom Ausland her halten sie in dieser Sache für äußerst gefährlich. Können die fortgeschrittenen Länder das Vertrauen dazu haben, daß die Völker der Hilfe begehrenden Länder die Kraft und den Einfluß haben werden, selbst eine vom sozialistischen Standpunkt aus vertretbare Verwendung dieser Hilfe durchzusetzen? Die unterentwickelten Länder betrachten jeden Beistand, den man ihnen leiht, nicht als Gnade, sie reklamieren ihn als ihr Recht. Kein Sozialist wird diesem Standpunkt entgegentreten. Aber

die Länder, aus denen diese Beistandsleistung allein kommen kann, sind durchweg parlamentarisch regierte Staaten, in denen man, bevor man auch die vernünftigste Sache durchsetzt, die öffentliche Meinung ganz oder zum großen Teil gewonnen haben muß. Die Sozialisten sind sich dessen bewußt, daß eine rasche Lösung des Problems der unterentwickelten Länder geradezu ein Schicksalsproblem der freien Welt ist und daß man es daher um *jeden Preis* lösen muß. Würde aber der Verzicht auch auf moralisch durchaus vertretbare Bedingungen ihre Aufgabe der Gewinnung der öffentlichen Meinung für ihre Auffassungen nicht sehr wesentlich erschweren?

Eine andere Schwierigkeit bietet der gewaltige *Geburtenüberschuß* in den unterentwickelten Ländern. Man malt durchaus keine malthusianistischen Schreckgespenster an die Wand, wenn man es ausspricht, daß der rapide Bevölkerungszuwachs durch die riesige Natalität ein Hemmschuh einer gesunden Aufwärtsentwicklung ist. In Indien hungern Millionen Menschen ihr ganzes Leben; sie wohnen jahraus, jahrein irgendwo auf der Straße. Trotzdem steigt die Bevölkerungszahl in beängstigender Weise: in zehn Jahren um nicht weniger als 10 Prozent! Gleichzeitig sinkt aber dank der Ausbreitung der Erkenntnisse der modernen Medizin die Mortalität, die durchschnittliche Lebensdauer verlängert sich, was an sich ein erfreuliches Faktum ist. Es klingt brutal, aber es ist unbestreitbar, daß das die Situation verschärft. Das sehr interessante Gutachten des von den Vereinten Nationen zum Studium des Problems der unterentwickelten Länder eingesetzten Komitees von Fachleuten[1] macht darauf aufmerksam, daß in einigen der hier in Betracht kommenden Länder Geburten- und Sterberaten bereits das mögliche Maximum (45 Lebendgeburten auf 1000 Einwohner pro Jahr) respektive das mögliche Minimum (10 Todesfälle) erreicht haben. Und das inmitten unvorstellbarer Armut! Die indische Regierung hat sich als erste zu einer gewissen Propaganda einer vernünftigen Geburtenbeschränkung entschlossen, wobei sie sich sicher dessen bewußt war, hier einen ungleichen Kampf mit jahrhundertealten Vorurteilen aufzunehmen. Für den Bereich der Sozialistischen Internationale haben die skandinavischen Parteien die Aufnahme einer Forderung nach einer Politik der vernünftigen Geburtenbeschränkung in die vorbereitete Erklärung beantragt; die Begründung für diesen Vorschlag liegt auf der Hand. Er ist auf den energischsten Widerstand anderer Parteien, wie der französischen, gestoßen, die es zu den Problemen der unterentwickelten Länder näher hat als die Skandinavier. Es wäre völlig verfehlt, wurde argumentiert, eine solche Forderung für bestimmte Länder aufzustellen, solange die westlichen Nationen hier nicht mit gutem Beispiel vorangehen. Es müßte auf die Völker, denen man das predigt, beleidigend und als Ausfluß einer schlecht angebrachten Herrenvolksideologie wirken,

---

[1] Siehe dazu Mascha Oettli: «Mit Kapital und Fachleuten ist es nicht getan», «Rote Revue», August 1951.

würde man ihnen und nur ihnen solche an sich sicher nur vernünftige Beschränkungen empfehlen. Beide Standpunkte lassen sich mit guten sozialistischen Argumenten vertreten. Lassen sie sich aber auch vereinigen?

Die vorstehenden Ausführungen bezwecken nicht, Stellung zu nehmen oder Vermittlungsvorschläge zu machen. Sie sind nur dazu bestimmt, die Schwierigkeiten der Erarbeitung einer theoretischen Plattform aufzuzeigen, die sowohl der Größe als auch der Dringlichkeit der Problematik gerecht wird, der die mit der gewaltigsten Verantwortung für Gegenwart und Zukunft der Menschheit belastete demokratische Arbeiterbewegung längst nicht mehr mit billigen Schlagworten beizukommen vermag.

OTTO LEICHTER

Wandlungen sozialistischer Prinzipien Theorien

Auch die Grundsätze, auf denen die sozialistische Bewegung aufgebaut ist, und, in noch höherem Maße, die allgemeinen Prinzipien, auf denen die tägliche Aktion der Parteien und ihrer internationalen Vereinigung basiert, sind den allgemeinen Gesetzen der gesellschaftlichen und geschichtlichen Entwicklung unterworfen. So ist es nicht verwunderlich, daß die Prinzipienerklärung der in Frankfurt am Main im Juli 1951 offiziell wiederbelebten Internationale beträchtliche Unterschiede gegenüber früheren Erklärungen und Resolutionen der Internationale aufweist.

Schon daß die neue Phase der sozialistischen Internationale mit einer Prinzipienerklärung begonnen hat, ist ein beachtenswerter Unterschied gegenüber der Sozialistischen Arbeiterinternationale in der Periode zwischen den beiden Weltkriegen und auch gegenüber der sogenannten Zweiten Internationale vor dem Ersten Weltkrieg. Beide Phasen der Internationale waren dadurch gekennzeichnet, daß ihre Arbeit nicht auf einem allgemeinen Programm oder einer Prinzipienerklärung fundiert war. Die Erste Internationale hatte eine allgemeine grundsätzliche Präambel zu ihren Statuten, aber kein Programm. Vielleicht liegt schon in der Selbstbeschränkung, die eine von allem Anfang umrissene Prinzipienerklärung für die allgemeinen Auffassungen und die Praxis der Internationale und damit in gewissem Maße auch für die angeschlossenen Parteien bedeutet, ein kennzeichnender Unterschied. Es gibt auch andere, die einen bedeutsamen Wandel der Auffassungen ausdrücken.

Im Folgenden sollen die wichtigsten dieser Unterschiede durch Vergleiche mit früheren Erklärungen und Resolutionen vor allem der Sozialisti-